

# Unser Menschenrecht auf gutes Essen



**Regeln für Konzerne  
Stopp ISDS!**

# Willst auch du Konzernmacht brechen?

- Unterschreibe die Petition auf unserer Website:  
[www.anders-handeln.at/petition](http://www.anders-handeln.at/petition)
- Lade deine Familie und Bekannten ein, auch zu unterschreiben
- Organisiere Vorträge und Diskussionen in deiner Gemeinde, Schule, deinem Verein oder Betriebsrat. Wir schicken gerne Vortragende!
- Abonniere unseren Newsletter, um am Laufenden zu bleiben.
- Beteilige dich an unseren Aktionen! Mehr Infos:  
[www.anders-handeln.at/termine](http://www.anders-handeln.at/termine)

**Unterstütze die Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS“ mit einer Spende!**

Attac Österreich

Verwendungszweck: Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne

IBAN: AT552011182424891500



Die Kampagne wird getragen von der Plattform *Anders Handeln* und Organisationen, die sich für einen verbindlichen UN-Vertrag für Konzerne einsetzen.

**%attac**

**Brot für die Welt**  
Brot für die Welt -  
Entwicklungsdienst

**FIAN**  
FORUM FOR  
INTERNATIONAL  
AGRICULTURE  
POLICY RESEARCH

**GLOBAL 2000**  
GLOBAL 2000  
FORUM FOR  
INTERNATIONAL  
AGRICULTURE  
POLICY RESEARCH

**KAB**

**kfb**

**NeSoVe**  
NETZWERK SOZIALE VERANTWORTUNG

**ÖBV**

**PRO-GE**  
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

**SÜDWIND**

**vida**

**younion**  
Die Daseinsgewerkschaft

# Gefahren für unser gutes Essen: Straflosigkeit von Konzernen

*„Landraub entzieht lokalen bäuerlichen Gemeinschaften ihr Land, zerstört Lebensgrundlagen und Ökosysteme und verletzt das Recht auf Nahrung. Es verzerrt Märkte in Richtung globaler Agribusiness-Interessen, anstatt eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft für lokale und nationale Märkte und für zukünftige Generationen zu fördern.“ - FIAN International*

## **Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne**

Für den Schutz der Menschenrechte bei weltweiten Unternehmensaktivitäten gibt es bisher nur freiwillige Leitprinzipien. Bei Verstößen haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung - die Konzerne bleiben straflos.

## **Landraub in Mosambik: Straflosigkeit für Zerstörung von Lebensgrundlagen**

Die Firma Chikweti Forest of Niassa, eine Tochtergesellschaft des in Schweden ansässigen „Global Solidarity Forest Fund“, hat 2005 rund 45.000 Hektar Land erworben, um in Niassa, Mosambik, eine Kiefer- und Eukalyptusplantage zu errichten. Hinter dem Fonds standen auch Investoren aus den Niederlanden und Norwegen. Das Unternehmen eignete sich statt der vereinbarten schlechteren Böden vor allem erstklassige landwirtschaftliche Flächen an. Tausende Kleinbäuerinnen und -bauern verloren Land für die Nahrungsmittelproduktion und Versorgung der lokalen Bevölkerung. Das Recht auf ausreichende und angemessene Ernährung der ansässigen Bevölkerung wurde untergraben. Seit Beginn lehnen sich lokale Bäuerinnen und Bauern gegen das Projekt auf. Weder wurde eine angemessene Konsultation mit den Betroffenen noch eine unabhängige menschenrechtliche Überprüfung durchgeführt. Zugleich mangelt es an Instrumenten zur Durchsetzung von Menschenrechten. Die außergerichtliche Beschwerde der Gemeinschaften bei der mosambikanischen Regierung wurde nicht ernsthaft verfolgt. Die ausländischen Investoren fühlen sich nicht verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen in Niassa.

## **Historische Chance: UN-Abkommen zur Konzernregulierung**

Abhilfe könnte das UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte schaffen, das derzeit verhandelt wird. Gelingt es, genügend gesellschaftlichen Druck aufzubauen, kann das Abkommen Vertragsstaaten dazu verpflichten, Konzerne menschenrechtlich verbindlich zu regulieren – und zwar auch bei ihren Auslandsgeschäften sowie in ihren Lieferketten und Tochterunternehmen.

# Gefahren für unser gutes Essen: Die Macht der Konzerne durch ISDS

*„Investor-Staat-Klagen haben weltweit bereits heute Milliarden aus den Taschen der Steuerzahler\*innen entnommen, oftmals als Kompensation für Regeln im öffentlichen Interesse.“ - Larry Lohmann, Corner House*

Industrielle Landwirtschaft hat direkte Auswirkungen auf Umwelt, Tiere, Rechte und die Gesundheit von Konsument\*innen, Bäuerinnen und Bauern und Arbeiter\*innen. Entsprechend viele Gründe gibt es, ihren Schutz und ihre Rechte zu stärken. Doch all das steht im Konflikt zu Profitinteressen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Konzerne zusätzlich gestärkt werden und neue Druckmittel erhalten..

## **ISDS als Paralleljustiz für Konzerne**

ISDS steht für Sonderklagerechte für Konzerne. Damit können sie Staaten im Rahmen einer Paralleljustiz auf Schadenersatz in Millionenhöhe verklagen, wenn durch neue Gesetze ihre Profitinteressen eingeschränkt werden. Die rechtliche Grundlage für diese Klagen sind Investitionsabkommen oder Handelsabkommen. 60% der bisherigen Entscheidungen bei solchen Klagen waren im Interesse der Konzerne und Investoren.

## **Dow AgroSciences vs. Kanada**

2006 hat die kanadische Provinz Quebec das toxische Pestizid 2,4-D verboten, da dieses nachweislich zu erhöhten Krebsraten und Geburtsdefekten führt. Daraufhin reichte 2009 der US-Saatgutgigant Dow AgroSciences eine ISDS-Klage gegen Kanada (aufgrund des NAFTA-Abkommens) ein und verlangte zwei Millionen US-Dollar Schadenersatz. Das Urteil des Schiedstribunals: Quebec musste keine Entschädigung zahlen, da die Regierung zugesagt hatte 2,4-D als risikolos für Menschen und Umwelt zu bewerten, wenn die Gebrauchsanweisung korrekt befolgt wird. ISDS ist also ein Instrument, mit dem gesetzliche Verbote im Interesse der Menschen ausgehebelt oder strengere Regulierungen zum Schutz der Bürger\*innen bereits im Keim erstickt werden können

## **Österreich muss alle Investitionsabkommen beenden bzw. ablehnen**

2018 haben die ÖVP, FPÖ und NEOS Nationalratsabgeordneten dem Investitionsabkommen mit Kanada (CETA) zugestimmt. Tritt das Investitionsabkommen je in Kraft, können in Kanada ansässige Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne mit Investitionen in Österreich oder der EU Schadenersatzklagen für profitmindernde Gesetze androhen oder einreichen. Der weitere Wettlauf nach unten bei Lebensmittelstandards wird so befördert. Das geht auf Kosten von uns allen.

Deshalb fordern wir von der österreichischen Regierung, bestehende bilaterale Investitionsabkommen zu beenden und allen anderen, die gegenwärtig auf EU Ebene verhandelt werden, eine Absage zu erteilen.